

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Entschließungsantrag

der Abgeordneten **Manfred Kölly und Gerhard Hutter**

betreffend **„Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze“**

Ein funktionierendes Feuerwehrwesen spielt gerade im ländlichen Bereich eine große Rolle und ist überdies Grundlage für eine sinnvolle Beschäftigung der burgenländischen Jugend. Mit den 318 freiwilligen Orts- und Stadtfeuerwehren und den sieben Betriebsfeuerwehren besteht im Burgenland ein dichtes Sicherheitsnetz. Rund um die Uhr sind die Mitglieder der Feuerwehren bereit, Brände zu löschen, Menschen und Tieren in Notlagen zu helfen, Fahrzeuge zu bergen und Katastrophen zu bekämpfen. Im Jahr 2015 rückten die Feuerwehren in Burgenland zu 4.202 Technischen Einsätzen und zu 1.374 Brandeinsätzen aus. 38.837 Feuerwehrmitglieder leisteten dabei 65.988 Einsatzstunden.

Freiwilligen Feuerwehrleuten und Mitgliedern anderer Blaulichtorganisationen, die im Landesdienst beschäftigt sind, wird jährlich bis zu 10 Tage bezahlter Sonderurlaub für Einsätze und Schulungen gewährt. Von Seiten des Bundes sind dringende Weichenstellungen für in der Privatwirtschaft tätige Feuerwehrleute leider ausgeblieben. Der Burgenländische Landtag fordert daher, dass bei Einsätzen die Löhne von Feuerwehrleuten zunächst vom jeweiligen Arbeitgeber ausbezahlt und danach über den Katastrophenfonds des Landes refundiert werden.

Auf Landesebene sind die für das Feuerwehrwesen maßgeblichen Richtlinien dahingehend zu ändern, dass in einem viel größeren Ausmaß als bisher, Kooperationen zwischen Ge-

meinden möglich sind. Ebenso muss den Feuerwehrmännern und –frauen die Möglichkeit gegeben werden, bei Groß- und Katastropheneinsätze, ohne danach einen finanziellen Nachteil oder Gehaltseinbußen in ihrem jeweiligen Job zu erleiden, Hilfe zu leisten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere Sicherheitslandesrat Johann Tschürtz, wird aufgefordert, ein Modell zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze auszuarbeiten und dem Landtag, spätestens nach sechs Monaten, über den Status Quo bzw. Fortschritt des Modells, Bericht zu erstatten.

Manfred Kölly eh.

Gerhard Hutter eh.